

#gemeinsamgegenarmut

# FORDERUNGEN

der **Liga der Freien Wohlfahrtspflege  
in Hessen e. V.**

**an die künftige  
Landesregierung in Hessen**





#gemeinsamgegenarmut

## Unsere Forderungen an die Politik

**ARMUT** ist ein Verstoß gegen die Menschenrechte. Armut behindert die freie Entfaltung der Persönlichkeit und schränkt grundlegende Rechte auf soziale und kulturelle Teilhabe ein. Armut zu bekämpfen und Teilhabe zu ermöglichen, ist eine Frage der Gerechtigkeit – und eine der wichtigsten Aufgaben des Staates.

Als Liga Hessen machen wir uns für eine gerechte Gesellschaft stark und haben **FORDERUNGEN** an die zukünftige Landesregierung formuliert, damit Armut und deren Ursachen in Hessen bekämpft und der soziale Zusammenhalt gestärkt werden.

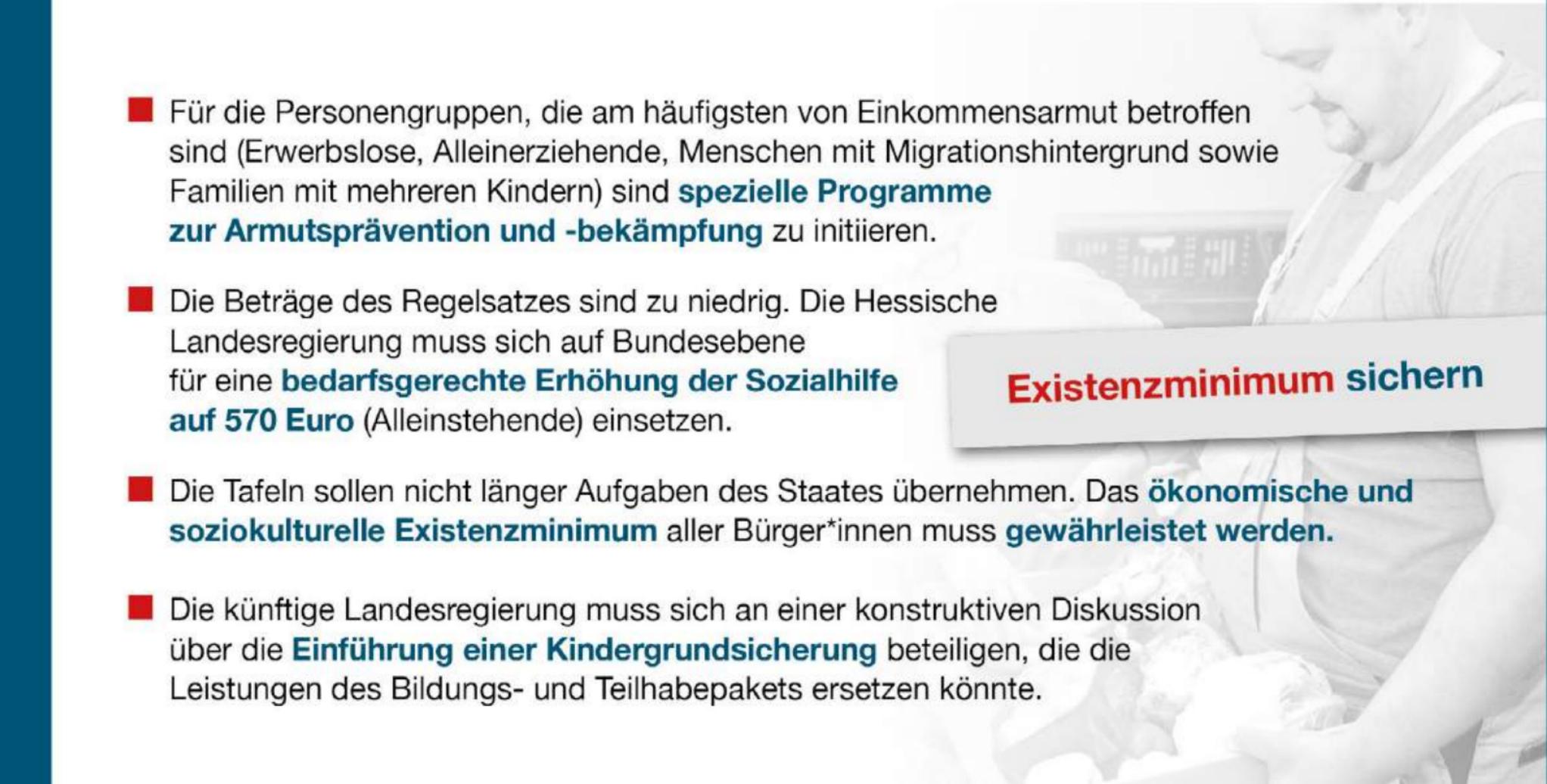
- Wir erwarten, dass über und mit Menschen, die von Armut betroffen sind, sachlich differenziert und respektvoll gesprochen wird. Pauschale und einseitig wertende Wendungen wie z.B. „sozial schwach“ sind mit Blick auf Armutsbetroffene zu vermeiden. **Auch die Politik ist gefordert, der Verrohung der Sprache entgegen zu treten.**

### Über Armut sprechen – sachlich und respektvoll

- Von Armut betroffene Menschen dürfen nicht in eine **Schublade** gesteckt werden. **Es gibt viele Gründe für das Entstehen von Armutslagen** und die unterschiedlichen Lebenslagen von Armutsbetroffenen. Dies sollte in der Diskussion immer im Blick behalten werden.

### Soziale Ungleichheit abbauen

- Im Bundesrat muss die Hessische Landesregierung darauf hinwirken, dass die problematischen Entwicklungen der **sozialen Ungleichheit gestoppt** und das Missverhältnis von **Einkommen** und Vermögen **reduziert** werden. Hierbei sind v.a. steuerliche Maßnahmen zu nutzen und auf eine **Erhöhung des Mindestlohnes** hinzuwirken.
- In Hessen sollen **sehr hohe Einkommen und Vermögen** ebenso besser und umfanglicher **erfasst** werden, wie die Zahl der Personen, die von extremer Armut betroffen sind. Dadurch würde die Diskussion über gesellschaftliche Polarisierungsprozesse weiter versachlicht. Zudem wäre die Möglichkeit gegeben, vermögende Personen in angemessener Weise in die Pflicht zu nehmen, mit ihrem Eigentum einen Beitrag für das Gemeinwesen zu leisten.

- 
- Für die Personengruppen, die am häufigsten von Einkommensarmut betroffen sind (Erwerbslose, Alleinerziehende, Menschen mit Migrationshintergrund sowie Familien mit mehreren Kindern) sind **spezielle Programme zur Armutsprävention und -bekämpfung** zu initiieren.

- Die Beträge des Regelsatzes sind zu niedrig. Die Hessische Landesregierung muss sich auf Bundesebene für eine **bedarfsgerechte Erhöhung der Sozialhilfe auf 570 Euro** (Alleinstehende) einsetzen.

### Existenzminimum sichern

- Die Tafeln sollen nicht länger Aufgaben des Staates übernehmen. Das **ökonomische und soziokulturelle Existenzminimum** aller Bürger\*innen muss **gewährleistet werden**.
- Die künftige Landesregierung muss sich an einer konstruktiven Diskussion über die **Einführung einer Kindergrundsicherung** beteiligen, die die Leistungen des Bildungs- und Teilhabepakets ersetzen könnte.

- Alle Menschen in Hessen, die von Armut betroffen sind, sollen einen **Sozial- oder Teilhabepass** erhalten, um am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. (z.B. freier Eintritt in Kultur-, Freizeit- und Bildungseinrichtungen, freie Nutzung der öffentlichen Verkehrsmittel).

### Kinder-, Familien- und Altersarmut angehen

- Für Alleinerziehende müssen die **Teilzeit- bzw. modularen Ausbildungsgänge neu** aufgelegt werden genauso wie ein spezielles Landesprogramm, das existenzsichernde Beschäftigungsverhältnisse schafft und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ermöglicht.
- Die **Teilhabe älterer**, insbesondere älterer alleinstehender, **Menschen**, die nur über ein geringes Einkommen verfügen, ist über **sozialräumliche Arbeit** gezielt zu fördern.

- Wir brauchen in Hessen eine **Koordinationsstelle zur Prävention und Bekämpfung von Kinderarmut**. Ihre Aufgaben: Sammlung von „Good-Practice-Beispielen“ zur Bekämpfung von Kinderarmut und Initiierung bereits modellhaft

eingesetzter Präventionsketten zur Vermeidung von Kinderarmut in weiteren Kommunen.

### In Bildung investieren

- Familien sollen umfassende Informationen über alle Angebote der **Kinderbetreuung** in ihrem Stadtteil erhalten. Zudem fordern wir: **Ausbau der Angebote der Jugendarbeit**, der **Jugendsozialarbeit** und der **beruflichen Orientierung**.
- **Bildung** soll in Hessen grundsätzlich **gebührenfrei** sein. Die Qualitätsstandards von Kinderbetreuungsangeboten sind weiter zu verbessern. Wir sind für längeres gemeinsames Lernen durch Schaffung eines integrierten Ganztagsangebotes von Schule und Kinder- und Jugendhilfe als sog. „Offene Ganztagschule“.

- Ein ganzheitliches **Förderkonzept** muss her, das alle Leistungsempfänger\*innen der Grundsicherung berücksichtigt und für alle geeignete und verlässlich ausfinanzierte Förderangebote zur Verfügung stellt.
- Für öffentlich geförderte Beschäftigung ist ein **eigenes Landesprogramm aufzulegen (Sozialer Arbeitsmarkt)**. **Produktionsschulen** sind flächendeckend bei gemeinnützigen Trägern auszubauen.
- **Existenzsichernde Beschäftigungsverhältnisse** müssen gewährleistet werden. Wir fordern die Landesregierung auf, zukünftig im öffentlichen Dienst prekäre Arbeitsverhältnisse zu vermeiden und zu gewährleisten, dass bei der Vergabe öffentlicher Aufträge der deutsche Tariflohn eingehalten wird. Sachgrundlose Befristungen sind um mindestens 25 Prozent zu reduzieren.

**Erwerbsarmut verhindern –  
Arbeitsmarkt fördern**

- Wohnungspolitik ist auch Sozialpolitik. Eine **Wohnungsbaukoordinationsstelle** soll alle Bauvorhaben der öffentlichen Hand bündeln und die Gebietskörperschaften bei deren Umsetzung unterstützen.
- Das Land Hessen muss weitere finanzielle Anstrengungen unternehmen, um den weiteren Schwund an **Sozialwohnungen** zu stoppen und deren Anzahl wesentlich zu erhöhen. Bei der Schaffung von neuem Wohnraum sollen 40 Prozent als sozialer Wohnungsbau ausgewiesen werden. **Neue Wohnformen**, ausreichend **barrierefreie** und **seniorengerechte** Wohnungen sowie **kleinere Wohnungen** sollen präferiert gebaut werden.
- Wir fordern, die **Unterbringung geflüchteter Menschen in Gemeinschaftsunterkünften** so kurz wie möglich zu halten und verbindliche sowie landesweit einheitliche Standards für die Unterbringung festzuschreiben und einzuhalten.
- Eine **Wohnungsnotfallstatistik** ist durchzuführen.

### Bezahlbaren Wohnraum schaffen

### Sozialen Zusammenhalt stärken

- Das Land Hessen muss **Nachbarschaften** und den **sozialen Zusammenhalt** durch nachhaltige Strategien fördern.
- Im Sinne einer sozialen **Wohnungs- und Stadtentwicklungspolitik** fordern wir die Stärkung der Quartiers- und Gemeinwesenarbeit. Entsprechende Strukturen müssen finanziert werden.
- Die jahrzehntelangen Erfahrungen der **Gemeinwesenarbeit** und **sozialräumlichen Arbeit** müssen stärker genutzt und Richtlinie des politischen Handelns sein.

Sie haben noch **FRAGEN ?**

Dann wenden Sie sich gerne an uns.

Geschäftsstelle der

**Liga der Freien Wohlfahrtspflege  
in Hessen e. V.**

Luisenstraße 26, 65185 Wiesbaden

Telefon 0611 308-1434

info@liga-hessen.de

Unter <https://www.liga-hessen.de>

können Sie hierzu ein ausführliches Positionspapier  
herunterladen. Außerdem finden Sie dort auch Links zu  
weiterführenden Unterlagen.

Fotos: © Diakonie/Kathrin Harms

